



INTERVIEW

"Die wichtigste Schulreform seit 1945"

Der Bildungsforscher Reiner Lehberger hält die Gemeinschaftsschule für sinnvoll - aber derzeit für nicht durchsetzbar.

Bildungspolitiker aller Parteien diskutieren derzeit über eine neue Schulstruktur. Die Grünen und der linke Flügel der SPD wollen eine Schule für alle und damit die Abschaffung des Gymnasiums. Der rechte Flügel der SPD und die CDU favorisieren das sogenannte Zweisäulenmodell: eine Schule für alle und dazu die Gymnasien. Beide Schulformen führen zum Abitur. Insa Gall und Oliver Schirg sprachen mit dem Bildungsforscher Professor Reiner Lehberger.

DIE WELT: Ausgangspunkt ist die Forderung nach der Abschaffung der Hauptschule. Warum ist diese Schulform nicht mehr tragbar?

Reiner Lehberger: Nicht einmal zehn Prozent der Hamburger Schüler besuchen heute die Hauptschule. Aus Studien wissen wir, dass in dieser Gruppe trotz größter Anstrengungen kein lernförderliches Klima geschaffen werden kann. Deshalb ist sich die Wissenschaft einig, dass diese Form der Hauptschule, wie sie in Großstädten existiert, aufgelöst werden muss. Sie ist ein auslaufendes Modell.

WELT: Wie sieht aus Ihrer Sicht eine optimale Schulstruktur aus?

Lehberger: Die skandinavischen Länder haben uns vorgemacht, dass eine Schule für alle sehr gute Lernergebnisse erzielt und zugleich die Abhängigkeit der schulischen Karriere vom sozialen Hintergrund mindern kann. Doch ich sage auch ganz deutlich: Eine Schulstruktur kann man nicht gegen die Mehrheit der Eltern verändern. Deshalb ist eine Schule für alle derzeit nicht durchsetzbar.

WELT: Inwiefern?

Lehberger: Die Mehrheit der Eltern ist schlichtweg dagegen. Der Wunsch, seine Kinder auf das Gymnasium zu schicken, ist weit verbreitet. Diese Affinität zum Gymnasium hat kulturhistorische Gründe und reicht weit in die Mittelschicht hinein. Das muss man politisch bedenken. Und wenn die SPD mit der Ankündigung antritt: "Wir schaffen das Gymnasium ab", wird sie dafür keine Mehrheiten bekommen. Ein weiterer Punkt: Würde man die Gemeinschaftsschule gegen den Willen der Eltern einführen, bekämen Privatschulen einen noch größeren Zulauf.

WELT: Die CDU plädiert für die Zweigliedrigkeit, in der SPD wird derzeit heftig darum gerungen ...

Lehberger: Eigentlich benötigen wir in dieser Frage einen überparteilichen Konsens. Deshalb wäre es gut, wenn sich die Parteivorsitzenden von CDU und SPD zusammensetzen und eine klare Haltung formulieren würden. Bisher haben wir dazu weder von Bürgermeister Ole von Beust noch vom SPD-Parteivorsitzenden Mathias Petersen etwas gehört. Ich erwarte aber in dieser fundamentalen Frage jetzt eine klare Positionierung. Dies ist die wichtigste Reform in der Schulentwicklung seit 1945.

WELT: Was würde das Zweisäulenmodell bringen?

Lehberger: Die sogenannte zweite Säule würde die bisherigen Haupt-, Real- und Gesamtschulen als neue Schulformen neben dem Gymnasium zusammenführen. In dieser zweiten Säule könnten wir 50 bis 60 Prozent der Schüler beschulen und damit ein wesentlich günstigeres Lernmilieu schaffen als bislang. Die bisherigen Hauptschüler würden hiervon besonders profitieren, und auch für die leistungsstärkeren Schüler ist eine gewisse Heterogenität lernförderlich, wie Studien belegen. Dazu würde die Unübersichtlichkeit unserer bisherigen Schulstruktur mit acht unterschiedlichen Schulformen in der Sekundarstufe I aufgehoben. Sie macht bei sinkenden Schülerzahlen auch bildungsökonomisch wenig Sinn.

WELT: Werden in der SPD alte Grabenkämpfe fortgeführt?

Lehberger: Manchmal fühle ich mich schon erinnert an die Auseinandersetzungen der 70er-Jahre. Damals gab es aber keine durch Studien fundierte Einblicke in das Leistungsvermögen schulischer Systeme. Das waren Glaubenskämpfe. Heute wissen wir sehr genau, mit welchem Erfolg unsere Schulen arbeiten. Diese Erkenntnisse muss man berücksichtigen.

WELT: Was muss bei dem Zweisäulenmodell beachtet werden?

Lehberger: Es gibt vier wichtige Punkte. Die zweite Säule muss eine attraktive Alternative zum Gymnasium werden. Diese Schulform sollte nach meiner Auffassung mit der Grundschule beginnen, nach 13 Jahren auf dem direkten Weg zum Abitur führen und eigene Profile entwickeln. Das wird im Übrigen in den Stadtregionen sehr unterschiedlich aussehen. Die Planung dazu schafft die Bildungsbehörde vermutlich nicht mit Bordmitteln. Ich bin besorgt, dass die Behörde bisher keinerlei Vorüberlegungen zu diesem Transformationsprozess anstellt. Wenn aber die politische Entscheidung fällt, muss klar sein, wie die zweite Säule ausgestaltet wird und welche Schulen in welcher Form betroffen sind. Herrscht diese Klarheit nicht, werden viele Eltern ihre Kinder an den Gymnasien anmelden, weil sie da zumindest wissen, wie es läuft. Drittens muss über den Übergang von der Grundschule auf das Gymnasium entschieden und über die pädagogische Entwicklung des Gymnasiums nachgedacht werden. Und viertens ist zu klären, in welcher Form die Gesamtschulen in der zweiten Säule ihren Platz einnehmen können.

Artikel erschienen am 02.10.2006

[Artikel drucken](#)

WELT.de 1995 - 2006